Bezugspreise: für Halle monatl. bei zweimal. Zustellung 15.– Mk., vierteljährl. 45.– Mk., einschl. Zustellungsgebühr. Ausgabestellen abgeholt 12.50 Mk. monatl., durch Austräger 14.– Mk. Zweigstellen beziehen einmal. Zustellg. 9.– Mk. u. Bestellgeld, durch die Post monatl. 15.– Mk., vierteljährl. 45.– Mk. ein schl. Zustellungsgebühr. Bestellung nehmen alle Postanstalten an. Amtl. Zeitungsverzeichnis: 6. alle Zeitung. Für unverlangt eingegang. Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur m. Quellenang. „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abteilg. Nr. 1103 u. 1133. der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Sechsundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene 30 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum für lokale Anzeigen 1.– Mk., für auswärtige 1.20 Mk. Familien- und kleine Anzeigen (private Gelegenheitsankündigungen) 80 Pf. Reklamen die 3 mm breite Millimeterzeile — Mk. 5.– Mk. ausw. Bei Wiederholung Ermäßig. lt. ges. Anzeigenbedingungen. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigenexpedit. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Expedition und Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhaus, Fr. 17. Neben-Geschäftsstelle: Mackt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 22815.

Nr. 26. Halle, Montag, den 16. Januar 1922. Einzelpreis 40 Pfg.

Die Atempause.

Berlin, 15. Januar 1922.

Die englischen Blätter melden, daß die Konferenz von Genua endgültig auf den 8. März festgesetzt worden sei und daß die Einladungen an die europäischen Regierungen zu diesem Termin bereits abgeschickt sind. Die von der Reparationskommission bewilligte Atempause wird also vermutlich nicht solange dauern, wie man jetzt in der deutschen Rechtspresse lesen kann. Wir sollen jetzt alle 10 Tage 31 Millionen Goldmark zahlen. Diese neueingeführte Dekade würde wenn sie sich ein Jahr hindurch fortsetzte, den Betrag von 11 Milliarde ausmachen. Da nach dem ursprünglich gedachten, aber durch Briands Rücktritt nicht zustande gekommenen Kompromiß wir für das Jahr 1922 720 Millionen bezahlen sollten, so ist es ganz klar, daß bei einer längeren Dauer des Provisoriums der Reparationskommission eine weitaus größere Verpflichtung für Deutschland herauskommen müßte. Aber es ist nicht anzunehmen, daß nun diese Dekade ein Jahr lang läuft, denn weiter, in hat ja die Reparationskommission beschlossen, daß wir ihr einen Reform- und Garantieplan über den deutschen Haushalt und unseren Papiergeldumlauf, sowie ein vollständiges Programm für die Barzahlungen und Sachlieferungen für das Jahr 1922 unterbreiten sollen. Sobald dieser deutsche Plan vorliegt, wird die Reparationskommission und danach der Oberste Rat zu den deutschen Vorschlägen Stellung nehmen, und man darf annehmen, daß über die deutschen Vorschläge dann eingehende Verhandlungen stattfinden. Deren Ergebnis aber hätte dann an die Stelle der jetzt von der Reparationskommission festgesetzten vorläufigen Regelung zu treten. Man darf annehmen, daß eine Entscheidung der Entente über die deutschen Gegenvorschläge nicht von der Konferenz von Genua erfolgt, sondern es ist im Gegenteil wahrscheinlich, daß man die endgültige Neuregelung der Zahlungsverpflichtung Deutschlands im Anschluß an die Ergebnisse der Beratungen von Genua festsetzt.

Aus diesem Sachverhalt geht klar hervor, daß von den deutschen Gegenvorschlägen jetzt außerordentlich viel abhängt. Sie müssen so gestaltet sein, daß sie auf das Ergebnis der Weltwirtschaftskonferenz einen nachhaltigen Einfluß ausüben. Trotz unserer schlimmen Lage und obwohl es sich um schwere Verpflichtungen handelt, haben wir dennoch jetzt wieder Spielraum gewonnen. In gewissem Sinne kann man sagen, daß unsere Bewegungsfreiheit, die wir bis zur Festsetzung des Londoner Ultimatums in der Frage der Festsetzung der Reparationen hatten, jetzt zurückgetreten ist. Es bedarf keiner übertreibenden Phrase, um nachdem festzustellen, daß auch dieser Zustand zu den Fortschritten der Konferenz von Cannes und der Arbeit Rathenaus gehört. Rathenau hat es zum Schluß auch noch außerordentlich geschickt verstanden, ohne Widerspruch in Cannes festzustellen, daß während der Verzugsfrist Sanktionen gegen Deutschland rechtlich nicht angewendet werden dürfen. Die Atempause setzt also nicht unter fremdem Waffendruck, und Deutschland vermag jetzt eigene Vorschläge zu machen. Wenn damit auch nicht ausgeschlossen ist, daß bei einem der Entente nicht genügenden Vorschlage diese in die Methode des Diktierens zurückfällt, so besteht dennoch eine gewisse Aussicht, zu leidlichen Vereinbarungen zu gelangen. Von der Art der deutschen Vorschläge wird darum außerordentlich viel abhängen. Das gesteht auch das Berliner Organ der Deutschen Volkspartei zu. Es erkennt an, daß Dr. Rathenau dem deutschen Wirtschaftsleben eine gewisse Erleichterung geschaffen hat, indem er in seinem Schlußwort betonte, daß der Gläubiger nicht zu gewaltsamen Eintreibungen der fälligen Schuld schreiten kann. Das volksparteiliche Organ stellt ferner bestimmt fest, daß wenigstens vorläufig ein Eingriff in die Hoheitsrechte des Deutschen Reiches nicht erfolgt, da die Entente uns auffordert, selbst einen Plan über unsere Finanzen und unsere Wirtschaft aufzustellen. Ausdrücklich sagt das Blatt: „Damit kann man sich einverstanden erklären." Das Blatt weist aber auch mit Recht auf die Pflicht für alle Deutschen hin, an der Aufstellung dieses Planes mitzuwirken. Regierung, politische Parteien und die führenden Wirtschaftskreise müßten sich jetzt zusammentun und ein Programm unserer Leistungen ausarbeiten.

Das ist durchaus richtig, und auch das volksparteiliche Organ beschränkt diese Aufgabe auf jene Deutschen, die die große Aufgabe nicht durch Kritik gefährden wollen und denen es um das Vaterland zu tun ist.

In der Tat erhebt sich jetzt für die deutsche Regierung eine außerordentlich große Pflicht und man darf von dem Verantwortungsbewußtsein der leitenden Männer, aber auch von den einzelnen Parteien jetzt erwarten, daß sie ihre ganze Kraft und ihr Können einsetzen werden, um etwas Brauchbares zustande zu bringen. Selbstverständlich ist dabei, daß die deutschen Vorschläge sich in der Grenze des Möglichen halten.

*

Die deutsche Delegation

ist gestern abend wieder in Berlin eingetroffen. Dr. Rathenau hatte sofort eine längere Unterredung mit Reichskanzler Dr. Wirth. Im Anschluß daran fanden bereits Besprechungen mit den zuständigen Ressortministern statt. Die Beratungen zogen sich bis in die späten Nachtstunden hin.

London, 16. Jan. Lloyd George ist gestern wieder in London eingetroffen.

Paris, 16. Jan. Wie Havas meldet, hatte Poincaré gestern vormittag im Ministerium des Äußeren eine sehr herzliche (?) Unterredung mit Briand. Poincaré wird heute nachmittag eine neue Besprechung mit Briand im Außenministerium haben.

*

Zwischen England und Belgien ist ein Garantieabkommen abgeschlossen worden. Der Inhalt der Vereinbarungen und seine Beziehungen zu dem geplanten französisch-englischen Garantieabkommen ist noch nicht bekannt.

Poincaré geht nach Genua.

Paris, 15. Jan. Wie die Morgenblätter melden, wird Poincaré morgen mit Lord Curzon eine Unterredung haben. Auch zwischen dem Finanzminister de Lasteyrie und Sire Robert Horne soll gestern abend bereits eine Aussprache stattgefunden haben. Diese Verhandlungen würden, so behauptet der „Matin", in den folgenden Wochen fortgesetzt werden, jedoch auf diplomatischem Wege. Nach dem gleichen Blatte hat Poincaré mit Lloyd George alle aktuellen politischen Fragen durchgesprochen. Der englisch-französische Schutzvertrag wird dem Blatte zufolge so umgestaltet werden, daß Frankreich nicht die Rolle eines Wissenden zugewiesen würde und daß es größere Bürgschaften erlange. Was die Konferenz von Genua anlange, so sei die Unterschrift Frankreichs gegeben worden. Poincaré selbst wird sich nicht nach Genua begeben, sondern jedenfalls Viviani.

Poincarés Kabinett.

Paris, 15. Jan. Wie Havas meldet, ist das neue Ministerium endgültig gebildet worden. Das Ministerium des Auswärtigen übernimmt Poincaré, Barthou ist Vizepräsident, Justizminister und Minister des Innern für Elsaß-Lothringen. Minister des Innern Maenour, das Finanzministerium übernimmt de Lasteyrie, das Kriegsministerium Marinot. Ferner übernehmen u. a. Reibel für die befreiten Gebiete und Riot das Handelsministerium.

Briands „Sündenregister".

Das „Echo National", das Organ Clemenceaus, hält dem scheidenden Briand ein langes Sündenregister vor, das mit dem Abstimmungsrecht der in Oberschlesien heimatsberechtigten Deutschen anfängt und mit London und Cannes aufhört. Das Blatt wirft Briand Schwäche und Verrat vor.

In einem Interview bezeichnet Poincaré den letzten Schritt Briands als wenig verfassungsgemäß. Zum englischen Memorandum äußerte Poincaré, er behalte sich sein Urteil vor, da er es noch nicht gründlich studiert habe. Persönlich lege er sehr hohes Gewicht auf die Freundschaft mit England, doch müsse Deutschland gezwungen werden, seine Verpflichtungen gänzlich zu erfüllen.

Briand äußerte in einer privaten Unterhaltung: „Ich weiß nicht, was es heißt, auf einer königlichen Galeere zu rudern, aber ich weiß, was es heißt, auf einer Galeere der Republik zu arbeiten, und ich habe diese kleinliche Beschäftigung satt."

Neue Enthüllungen über Versailles.

Die Newyorker Times kündigen an, daß in nächster Zeit Ray Stannard Baker, der Chef des Pressebüros des Präsidenten Wilson auf der Friedenskonferenz in ihren Spalten Mitteilungen über die Geheimberatungen in Versailles veröffentlichen wird. Die Pariser Presse ist über diese Ankündigung außerordentlich entrüstet. Derartige Veröffentlichungen seien ein Skandal! Das sei das einzige Mittel, um ohne einen Pfennig Kapital Millionär zu werden. Man brauche nur Bevollmächtigter bei der Versailler Konferenz gewesen zu sein oder Dolmetscher oder Privatsekretär oder Chef eines Pressebüros, um dann aus gutem Gedächtnis heraus und mit sorgfältig gesammelten Unterlagen ein Buch schreiben zu können, das Geheimnisse enthüllt. Das sei in Frankreich bereits geschehen, geschehe jetzt in Amerika und werde gewiß bald auch in England Mode machen. Im allgemeinen scheint man auf dieses Buch des Amerikaners in Frankreich mit großem Unbehagen zu warten. Eine Ausnahme macht sozusagen nur der Matin, der es für einen Skandal erklärt, daß noch von keiner britischen Regierung die näheren Vorgänge auf der Versailler Konferenz veröffentlicht seien und betont, die öffentliche Meinung aller Länder habe das Recht zu wissen, was auf der Konferenz vorgegangen sei.

In Deutschland wird man dem Matin nur beipflichten können. Gerade für uns kann es nur vom höchsten Interesse sein, wenn endlich einmal der Schleier gelüftet und der Oeffentlichkeit gezeigt wird, mit welchen Mitteln der Intrige in Versailles die 14 Punkte Wilsons unter den Tisch bugiert worden sind.

Politische Wochenschau.

Von C. Delius, M. d. R.

Die letzte Woche stand völlig unter dem Schatten der Ereignisse von Cannes. Anfänglich schien es, als wenn die vernünftigen Anschauungen des englischen Premierministers auch bei den Franzosen steigendes Verständnis finden würden, nachdem die Engländer entgegen ihrer bisherigen Bündnispolitik auf Drängen der Franzosen einen Garantievertrag vorschlugen. Herr Briand, der gewiß den starken Mann genügend gespielt hatte, konnte den wirtschaftlichen Forderungen der übrigen Welt gegenüber doch nicht völlig taub bleiben, umsomehr, da letzten Endes auch die deutschen Reparationsverpflichtungen ohne den wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands und Rußlands nicht zu rechnen ist. Mit dem Garantievertrag in der Tasche, glaubte er seinen Franzosen das Abkommen schmackhaft machen zu können. Er hatte sich sehr getäuscht. Schon als in Paris bekanntgeworden war, daß die deutschen Zahlungsverpflichtungen ermäßigt werden sollten, ballten sich bedrohliche Gewitterwolken zusammen, die plötzlich zur Entladung kamen. Unter Beiseiteschiebung aller internationalen Höflichkeitsformen setzte eine wüste Hetze gegen Briand ein, die schließlich so stark wurde, daß dieser nach Paris eilen mußte, um seine Regierung zu retten. Bei seinen Ministerkollegen, die unter dem Einfluß des Präsidenten Millerand in der Mehrzahl gegen ihn standen, gelang es noch einen einmütigen Beschluß durchzusetzen. Angesichts vertrauend auf die überzeugende Kraft seiner Rede, glaubte er wohl mehr Verständnis für die realen Dinge in der französischen Volksvertretung voraussetzen zu können, als er dann fand. Bei einer im Rausche des Sieges gewählten Kammer war für vernünftige Erwägungen kein Raum, und so mußte Briand mit seiner Regierung scheitern.

Der Garantievertrag, der sonst begierige Aufnahme in Frankreich gefunden hätte und nach dem man sich seit Versailles gesehnt hatte, wurde als sehr nebensächlich beiseite geschoben, weil die Politik der Erpressungen und der Gewalt verlassen werden sollte. Nachsucht, gepaart mit Unvernunft, triumphierte im Parlament und stürzten die Regierung. Aller Voraussicht nach wird in Paris die unversöhnlichere Richtung Poincares, entweder dieser selbst oder einer seiner Strohmänner ans Ruder kommen. Jedenfalls werden wir uns dann auf mancherlei gefaßt machen können. Zunächst haben wir die Rolle des Zuschauers zu übernehmen um dessen Haut gestritten wird. Eng and und mit ihm Italien, gestützt von Amerika, können der Unvernunft der Franzosen zuliebe nicht den Wiederaufbauplan, als dessen Kernstück eine Erleichterung der deutschen Zahlungsbedingungen zu betrachten ist, aufgeben. Es wird sich fragen, ob Frankreich abseits stehen will, der Welt zeigend, wo der wirkliche Widerstand beim Aufbau Europas zu suchen ist.

Frankreich hat nicht mehr allzuviel Sympathie in der Welt zu verlieren. Seine schon ans Pathologische grenzende kleinliche Rachsucht einem entwaffneten Gegner gegenüber, hat überall Entrüstung hervorgerufen. Will sich Frankreich völlig isolieren, so ist es auf dem besten Wege dazu. Solange es nicht die Folgen dieser Zertrümmerungspolitik am eigenen Leibe verspürt, wird es kaum zur Vernunft kommen. Jedenfalls werden Engländer und Amerikaner ihre Politik gegenüber Frankreich anders einstellen müssen, falls von Paris her kein anderer Wind weht. Das französische Volk wird letzten Endes die Zeche dieser leichtfertigen Politiker bezahlen müssen. Wir nüchternen Deutschen können uns nicht denken, daß ernsthafte Politiker allen vernünftigen Erwägungen zum Trotz in kindischem Widerstand verharren. Man geht nicht fehl, wenn man den Grund zu solchem Verhalten in der Furcht, dem langegenug irregeleiteten Volk die Wahrheit sagen zu müssen, suchen muß. Ein höherer französischer Beamter äußerte sich mir gegenüber während einer Eisenbahnfahrt kürzlich ganz freimütig. Aber einmal muß das Lügengebäude zusammenbrechen. Wehe dann den Betrügern!

Was jetzt weiter geschehen wird, werden die nächsten Tage zeigen. Die Konferenz von Cannes hat ein vorzeitiges Ende gefunden. Lloyd George wird auf der heimtreise Betrachtungen anstellen können, ob mit den Franzosen überhaupt eine vernünftige Aufbaupolitik möglich ist. Jedenfalls gehen wir aufregenden Tagen entgegen. Möglich, daß eine Aenderung des Beschlusses der Reparationskommission nicht eintritt. Die Summe, welche Deutschland für das Jahr 1922 zahlen soll, ist nach zuverlässigen Nachrichten auf 720 Goldmillionen festgesetzt. England, das ursprünglich 500 Millionen vorschlug hat auch hier wiederum nachgegeben, so daß für die Franzosen wahrhaftig keine Veranlassung zur Unzufriedenheit vorliegt, zumal Frankreich seinen vollen Anteil an den Reparationen erhält.

Die ehrlichen Versuche Deutschlands, alles nur Möglichen zu leisten und die überzeugende Rede eines Rathenaus, werden vorläufig nichts vermögen. Nicht ohne Schuld sind daran unsere Rechtsextremen, die schon in der Entsendung Rathenaus große Nachgiebigkeit wittern und deshalb vor persönlichen Herabsetzungen Rathenaus nicht zurückschrecken. Ein beinahe unglaublicher Zustand politischer Einsicht und

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19220116018/fragment/page=0001

Verantwortlichkeit, wenn jetzt in dem Augenblick höchster Entscheidungen, der Parteiführer Hergt sein Gift gegen die Regierung verspritzt und Herr Helfferich in unverantwortlicher Naivität die sofortige Bekanntgabe der an Rathenau erteilten Instruktionen verlangt. Das hätte einmal unter der alten Herrschaft ein freisinniger Abgeordneter verlangen sollen, er wäre von den Konservativen sicherlich als Vaterlandsverräter gebrandmarkt worden. Wenn sogar die Kommunisten und Volksparteiler von Helfferich abrückten, so muß ihm das Blamable seiner Stellung klar vor Augen gekommen sein. Bei seiner robusten Art wird es ihm wenig anfechten.

Im Steuerausschuß at Minister Hermes noch einmal einen Appell an die Parteien gerichtet. Zurzeit scheinen die Sozialisten noch stark unter dem Druck der freien Gewerkschaften zu stehen, wenn auch bekannt ist, daß in der Mehrheitssozialdemokratie viele sitzen, die eine Einigung auf der Grundlage eines Kompromisses herbeiführen wollen. Einstweilen wird zwischen Regierung und Fraktionen weiter verhandelt. Die Mehrheitssozialdemokratie wird nicht wesentlich durch den Parteitag der Unabhängigen beeinflußt werden. Er hat den erwarteten Verlauf genommen. Die einer Regierung mit bürgerlichen Parteien abgeneigte Richtung hat die Oerhand behalten. Damit scheidet die U. S. P. als ein positiv mitarbeitender Faktor vorläufig aus. Das wird die Mehrheitssozialdemokratie zu werten haben. Sie muß, will sie an der Regierung bleiben, nunmehr ernsthaft die Verbreiterung der Regierungsbasis nach rechts bis zur Volkspartei betreiben und zu diesem Zwecke auch in der Steuerfrage einlenken. Neuwahlen zu betreiben, dürfte sie keine Lust verspüren, da durch solche sicherlich keine sozialistische Mehrheit erzielt, sondern unter kleinen Verschiebungen im Bestißstande der Parteien keine Aenderung der Mehrheitsverhältnisse sich ergeben würde. Die Wahlen der Einzellandtage haben das bestätigt.

In den Kreisen der Regierung und der Reichstagsabgeordneten beschäftigt man sich jetzt eifrig mit der Frage der Linderung der Notlage der Kleinrentner. Es hat reichlich lange gedauert, bis die damit betrauten Stellen aus den ständigen Erwägungen herausgekommen sind, wenn auch wohl nicht bestritten werden kann, daß es sich hier um eine äußerst schwierige Frage handelt. Wie man sie auch anfassen wird, die Regelung wird nie voll befriedigen können. Bei den beschränkten Mitteln des Reiches und der überaus großen Verschiedenartigkeit der Verhältnisse der Kleinrentner, wird die Hilfe des Reiches kaum über den Charakter der Almosen hinaus kommen. Man kann verstehen, daß die Rentner gegen die im Nachtragsetat für 1921 vorgesehenen Beträge Sturm laufen. Sie halten den Betrag von 100 Millionen mit Recht für zu niedrig. Darüber wird sich noch reden lassen. Bei aller Anerkennung der großen Notlage wird man aber doch die finanzielle Leistungsfähigkeit des Reiches nicht außer Betracht lassen dürfen. Das hat in der letzten Sitzung der Steuerausschüsse der Minister Hermes mit Recht auch gegenüber anderen Forderungen erklärt. Wir Demokraten möchten allen Rentnern, diesen Veteranen der Arbeit und Werteschaffens, ein sorgenfreies Leben bereiten, wenn das möglich wäre. Aber allerdings halten wir es für eine selbstverständliche soziale Pflicht der Allgemeinheit, sie nicht verhungern zu lassen. Deshalb sind wir dafür, daß den Rentnern mit dem geringsten Einkommen in erster Linie geholfen werden muß. Hierüber demnächst in einem besonderen Artikel Näheres.

Das Steuerkompromiß gesichert?

Eine Berliner Zeitung wollte am Sonnabend abend wissen, daß das Steuerkompromiß als gesichert gelten soll. Nach der Besprechung, die der Reichskanzler am Sonnabend mit den Führern des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten gehabt habe, hätten die Sozialdemokraten vorläufig auf die Erfassung der Sachwerte gegen Zugeständnisse hinsichtlich der direkten Steuern verzichtet.

An dieser Meldung ist zum mindesten unrichtig, daß die Demokraten einer Besprechung der Parteiführer beim Reichskanzler am Sonnabend beigewohnt hätten. Die Demokraten waren garnicht eingeladen, vermutlich weil sie schon vorher zum Ausdruck gebracht hatten, daß die wiederholten Besprechungen über Steuerfragen ausschließlich zwischen Parlamentariern des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten ein falsches Bild über die gegenwärtige politische Parteikonstellation hervorzurufen geeignet seien und deshalb in dieser Form nicht wiederholt werden sollten. Dagegen waren die Demokraten am Freitag abend einer Einladung des Reichspräsidenten Ebert gefolgt, bei dem sie auch Führer des Zentrums und der Sozialdemokraten vorfanden. Von der Unterhaltung, die dort über die Verabschiedung der Steuervorlagen der Reichsregierung gepflogen wurden, nahmen indessen die Demokraten den Eindruck mit nach Hause, daß die Sozialdemokraten keineswegs geneigt seien, „vorläufig auf die Erfassung der Sachwerte gegen Zugeständnisse hinsichtlich der direkten Steuern" zu verzichten. Es ist also kaum anzunehmen, daß schon am nächsten Morgen die Sozialdemokrate die gegenteilige Auffassung bekundet haben sollte.

Die Personalverhältnisse der Beamten.

Im Beamtenausschusse des Reichstages berichtete Sonnabend zunächst ein Vertreter des Reichsministeriums des Innern über die Verhandlungen, die zwischen der Regierung und den Vertretern der Spitzenorganisationen über die Gestaltung der Personalverhältnisse in allen Verwaltungen gepflogen worden sind. Eine einheitliche Auffassung hat sich nicht ergeben. Die Vertreter des Deutschen Beamtenbundes mußten erklären, daß bei ihnen eine Uebereinstimmung in den verschiedenen Fragen nicht zu erzielen gewesen sei; die übrigen Spitzenorganisationen hatten sich mit dieser Materie noch nicht eingehend beschäftigt. Der Ausschuß erörterte daher, ob eine eingehende Verhandlung jetzt überhaupt zweckmäßig sei.

Deutschnationale und Zentrum meinten, daß man auf die Entschien der Gewerkschaften nicht allzuviel Wert zu legen brauche; demgegenüber bekonten die Demokraten Delius und Schulz, daß die Angelegenheit ohne die Spitzenorganisationen nicht erledigt werden könne. Da eine Uebereinstimmung mit den Gewerkschaften sich über die Beamten der Gruppn 1 bis 6 werde erzielen lassen, könne man in die Verhandlungen eintreten. Der Antrag wurde angenommen. Delius führte dann aus, daß die Demokraten völlig damit einverstanden seien, wenn für diese Gruppen ein Nachweis allgemeiner Bildung über die Volksschulbildung hinaus nicht allgemein verlangt würde. Allerdings dürfe nur der erfolgreiche Besuch der Volksschule zur Aufnahme berechtigen, wo das nicht zutreffe, sei ein besonderer Nachweis erforderlich. Ebenso müsse für die technische Laufbahn ein besonderes Maß von Vorkenntnissen gefordert werden. Die Regierung erklärte, daß dies auch ihre Auffassung sei und ebenso, daß der Standpunkt der Spitzenorganisation nicht davon abweiche. Der Ausschuß hieß diese Richtlinien einmütig gut, nach ihnen sollen die Grundsätze für alle Verwaltungen einheitlich aufgestellt werden.

Der deutsche Beamtenbund zu den Teuerungszulagen.

Der Deutsche Beamtenbund teilt mit: Der Vorstand des Deutschen Beamtenbundes hat den Bericht seiner Vertreter über die Besoldungsverhandlungen mit der Regierung entgegengenommen und erteilt ihnen dafür Billigung. Obwohl festzustellen ist, daß die vom Deutschen Beamtenbund aufgestellte Forderung nach sozialer Gestaltung des Teuerungszuschlages im Prinzip verwirklicht werden soll, kann er nach Prüfung aller Verhältnisse dem Vorschlage seiner Vertreter auf Annahme der von der Regierung angebotenen Regelung nicht beitreten. Er lehnt sie deshalb in ihrem Endergebnis ab. Der Vorstand des Deutschen Beamtenbundes wird seine Forderung auf Erhöhung und sozialere Ausgestaltung der Grundgehälter weiter vertreten und behält sich die zur Durchsetzung seiner Forderungen notwendigen Maßnahmen vor.

Deutsches Reich.

Keine Strafverfolgung Ludendorffs.

Der Reichsjustizminister hat die Anfrage des Abgeordneten Rosenfeld wegen der Beteiligung des Generals Ludendorff am Kapp-Putsch beantwortet. Der Minister verweist auf einen Brief des Direktors des Preußischen Landbundes v. Dewitz, der aber nicht in Ludendorffs Hände gelangt ist, und auf einen weiteren Brief Trebitsch-Lincolns. Ludendorff habe das Unternehmen mit sichtbarem Interesse begleitet, aber es scheine die Absicht der Führer des hochverräterischen Unternehmens gewesen zu sein, bis zum „entscheidenden Augenblick" zu vermeiden, daß die Anteilnahme des Generals Ludendorff zu einer tätigen Mitwirkung werde. Der Oberreichsanwalt hat unter Würdigung dieser Umstände die Frage, ob ein ausreichender Verdacht für eine strafbare Beteiligung des Generals Ludendorff an dem Kapp'schen Unternehmen gegeben sei, verneint und be-

tont, daß jedenfalls kein Anhalt dafür bestehe, daß er sich als Urheber oder Führer im Sinne des Gesetzes über die Gewährung von Straffreiheit vom 4. August 1920 betätigt habe. Der Minister tritt der letzteren Auffassung bei.

Reichs-Prämienanleihe für den Kleinwohnungsbau? Im Thüringer Landtag richtete der Jenaer Staatsrechtslehrer Abg. Professor Dr. Rosenthal eine Anfrage an die Thüringer Staatsregierung, ob sie bereit sei, den Gemeinden und Baugenossenschaften noch vor der Durchführung des Reichsgesetzes über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues vom 26. Juni 1921 große Beträge zur Verfügung zu stellen, damit schon Mitte Februar mit dem so dringend notwendigen Bau von Kleinwohnungen begonnen und die günstige Bauzeit vollständig ausgenützt werden könne. Die Regierung solle für die Bereitstellung der hierfür erforderlichen Mittel auf die zuständigen Stellen des Reiches in der Richtung einwirken, daß dieses durch Aufnahme einer Prämienanleihe ausreichende Mittel für die Zwede des Kleinwohnungsbaues zur Verfügung stellt.

Die Finanzlage der Städte. In der Vereinigung von Banken und Bankiers in Rheinland und Westfalen hielt der Oberbürgermeister der Stadt Essen Dr. Luther einen Vortrag über die Finanzlage der Städte. Die Abneigung der Börsen gegen die Stadtanleihen sei nicht gerechtfertigt. Die Verhältnisse hätten sich sehr zugunsten der Städte verschoben. Die absolute Steigerung der Schulden sei keine sehr große, und es werde an dem Grundsatz festgehalten, daß laufende Ausgaben nicht durch Anleihen gedeckt werden dürfen. Dr. Luther betonte die Notwendigkeit einer schärferen Abgrenzung zwischen den Reichs-, Landes- und Kommunalsteuern. Die Gewerbesteuer müsse unbedingt den Städten verbleiben.

Die bayerischen Staatstechniker für Entstaatlichung der Eisenbahn. In einer von der Gewerkschaft bayerischer Staatstechniker einberufenen aus allen Kreisen der Eisenbahnbeamten- und Arbeiterschaft sehr zahlreich besuchten Versammlung in Ingolstadt wurde eine Entschließung angenommen, in der die Entstaatlichung der Eisenbahnen verlangt wird. Im zweiten Teil der Entschließung wird eine stärkere Dezentralisation zur Bildung von Gruppendirektionen verlangt.

Ein Parteitag des Zentrums findet in Berlin statt, in dem vor allem die neuen Richtlinien der Partei festgelegt werden sollen. Im Augustinusmuseum wird aus Anlaß der Tagung der Reichskanzler sprechen, allerdings in nichtöffentlicher Versammlung.

Die Rheinlandkommission erklärt, daß die Ueberwachung des Schulunterrichts im besetzten Gebiete nur zeitweilig erfolgen solle, um festzustellen, ob den Kindern der Unterricht auch im Geiste der Aufrechterhaltung des Friedens und im Sinne des Artikels 148 der Reichsverfassung erfolge. Auch eine nur zeitweilige Kontrolle des Unterrichts ist ein unerhörter Eingriff in deutsche Hoheitsrechte, der im Vertrage von Versailles keine Grundlage findet.

Auslands-Rundschau.

Die Reichsleitung der Großdeutschen Volkspartei in Wien nahm in der gestrigen Sitzung eine Entschließung an, die besagt, daß das in Lana abgeschlossene Abkommen in der Form eine freiwillige Anerkennung des Vertrages von Saint Germain bedeute und da er Oesterreich die Möglichkeit nehme, die Revision des Vertrages zu betreiben. Die Partei beauftragte daher den Abgeordnetenverband, der Regierung die weitere Unterstützung zu versagen und nimmt gleichzeitig den Rücktritt ihres Parteiministers Waber zur Kenntnis.

Die „Kriegslasten" der Schweiz. Die Generalabrechnung für die Mobilisationskosten der Schweiz während des Krieges ist nunmehr erfolgt. Danach belaufen sich diese unter Abrechnung der nichtverwendeten Vorschüsse aus der Bundeskasse und des Erlöses aus dem teilweise verkauften Kriegsmaterial auf rund 1 Milliarde 200 Millionen Franken.

Der Vizekönig von Indien Lord Reading ebenso wie der Staatssekretär für Indien Montague sind, nachdem die trotz allen Abratens unternommene Reise des Prinzen von Wales nach Indien sich als Mißerfolg herausgestellt hatte, von ihren Aemtern zurückgetreten. Letzten Endes hat die immer stärker werdende nationalistische Bewegung in Indien

---

Unterhaltungsbeilage der Saale-Zeitung, Dienstag, 17. Januar. Inhalt: Die verhexte Stadt. Eine heitere Spitzbubengeschichte von Karl Ettlinger. — Vier Stadtwerte. Von Martin Feuchtwanger. — Gespenster und Spuk. Von Dr. Max Kemmerich. — Perspektive. Von Hans Bauer. — Der Jungbrunnen. Von August Kinsky. — Literatur.

Bühne und Elektizismus.

Von

Dr. Hanns Herman Cramer.

(Nachdruck verboten.)

Welch ungeheure Fülle der Bewegung — in Auftauchen und Versinken, Emporschnellen und Verschwinden. Wachsen und Vernichtung — bescherten uns die letzten Jahre des deutschen wie des internationalen Kunstlebens! „Stil" drängte sich auf „Stil", „Richtung" auf „Richtung": Kaum war ein „Ismus" geboren, so drauste schon ein anderer heran und verscheuchte jenen, um wieder von einem stärkeren weit neueren — verjagt zu werden.

Der „Naturalismus", in seiner Entwicklung langsamer als andere — beinahe schon ein Ruhestand, wenn es den überhaupt geben kann! — mußte der Neuromantik weichen. Ihr wieder blies der Expressionismus das, ach so schwache Lebenslicht aus, und heute, wo wir am Grabe dieses sich einst so gewaltig Gebärdenden stehen, müssen wir erkennen, daß auch er nur ein Uebergang bedeutete, eine Sprosse auf der Leiter, die uns aufwärts führen soll in die Sphäre eines „Stils", der sich einstens nicht mehr als Ismus darstellt, nicht eine Richtung oder gar eine Mode bedeutet, sondern Erfüllung und Ausdruck unserer Lichtanstrebenden Wesenheit ist, das Heimatland unserer künstlerischen und kulturellen Sehnsucht!

Noch sind wir heute weit von diesen erträumten Gefilden fern, aber ein Ruhepunkt scheint doch gewonnen: Mag es zweifelhaft sein, ob er Aussicht gewährt in das Land, das vor uns liegt, gewiß ist, daß er uns die Möglichkeit eines Ueberblickes über unsere bisherige Wanderung bietet und damit die Mittel, das Chaos, das wir durchqueren müssen, von höherer Warte aus zu betrachten, zu entwirren und seine Bestandteile gegeneinander nach Wert und Unwert zu unterscheiden: Das ständige Crescendo der letzten Kunstjahre hat seine höchste Steigerung erfahren das fieberhafte — überhastete Tempo beginnt, sich zu verlangsamen, der alle Dämme gewaltsam wegreißende Gebirgsbach wird zum besonnen hinfließenden Strom; es ist jener Zustand eingetreten, der den Kriegswagenen alle Mittel für die Erfüllung seiner Künstlerträume in die Hand gibt — falls er Auge, Mut und Kraft genug besitzt, die für ihn bereit liegenden Werte zu erkennen, aus dem Chaos emporzuheben und mit starker Faust zu einem Ganzen zusammenzuschweißen.

Mag es richtig sein, daß die Bühne hin und wieder in ihrer Entwicklung hinter den bildenden Künsten zurückbleibt: Im vorliegenden Falle ist sie ihnen voraus, denn deutlicher sprengen sich in ihrem Schoße, wahrer in ihren Erscheinungsformen die Gesichtszüge unseres heutigen Kunstschaffens aus.

Wer erlebten im Verlaufe der in den letzten Jahren durchwanderten Sektirichtungen die schlimmsten Vergewaltigungen: Der Bühnennaturalismus jahlug die deutschen Klassiker in Bann und beraubte sie jenes Schwunges und jener edlen Linie, die ihren Hauptwert ausmachte; und während man sie später fast allgemein zu expressionistischen Stilmaßstäben mißbrauchte, gingen fanatische Modenarren daran, selbst die Erzeugnisse Hauptmanns aus seiner ersten Schaffensperiode auf das lächerlich naturalistische Protrusiebert zu streben. Gerade diese Uebertreibung aber brach der ganzen Torheit den Hals, denn hier exemplifizierte sich am deutlichsten die in ihr liegende Sündhaftigkeit und warf das hellste Licht auf die falsche Bahn, in die allmählich die gesamte Bühnenkunst gesteuert werden sollte.

Ebenso wie das Drama — eben die Verdichtung alltäglichen Geschehens — eine höhere Wahrheit ausspricht und vertorpert, soll Sinn des Darstellungsstiles einerseits nicht eine Nachahmung des Lebens sein, eine Vortäuschung der Wirklichkeit, andererseits auch seine bewußte Verzerrung und Entwirklichung: Gesteigertes Leben, geläutes Gefühl, gehobene Wahrheit fordert Steigerung, Läuterung, Erhebung in der Darstellung. Unwesentliches muß fortfallen, und der Kern deutlich werden, aus dem Nebel des Zufälligen hervorleuchtend.

Man stelle sich unter „Zugrundelegung dieser Forderung demnach die Aufgabe des Spielleiters so vor, daß er die in einem Dramenpfeil verborgene, den Sinn enthaltende Schrift aufzuspüren, gute Linien mit kundiger Hand nachzuziehen und ihr Gebot als Richtung für das Ganze zu befolgen hat. Aufspürung und Ueberlegung in die Tatsache der Bühnendarstellung zusammen ergeben die Tätigkeit des Regisseurs der als der Entdecker des geheimen Sinnes im Dichterwort der gesamten Darstellung den Weg zu weisen hat. — Ist er der feinsinnige Betrachter, vermag er der Dichtung ihre tiefere Melodie abzulauschen, die verborgenen Linien zu erspüren und ihre Wirkung zu verstehen, dann liefert ihm unter in den letzten Jahren erworbener Reichtum an Ausdrucksmitteln die Möglichkeiten, das Erlauschte und Erspähte zur Tat werden zu lassen. Welche von den gebotenen er wählt, das hängt von der Intensität seiner Künstlerschaft, von der Höhe seines Kunstertums ab: Er wird dem Wirklichkeitsdrama die naturalistische Umwelt und Spielweise angedeihen lassen, er wird der romantisch symbolistischen Dichtung in der Darstellung gerecht werden und der in dramatische Form gekleideten Geistigkeit unserer Tage Fleisch und Blut zu geben vermögen.

Wohlverstanden soll hier nicht etwa einer Rubrizierung und Schematisierung der dramatischen Literatur und der Inszenierungskunst das Wort geredet werden — das würde den gerügten Mangel der Einseitigkeit modern „expressionistischer" Auffassung durch ein anderes Model vertreiben helfen — sondern Benennungen wie die oben angeführten können nur rein äußerliche Gruppierungen darstellen!

Der wahrhaft moderne Spielleiter muß also sich auf Höhe unserer modernen stilistischen Errungenschaften bewegen können und aus ihrer Menge mit sicherer Hand für seine Inszenierungsaufgabe diejenigen erwählen, die ihm seine Erkenntnis, sein künstlerisches Gewissen und Gefühl als die geeigneten erscheinen läßt: Aus ihnen als den Elementen wird er die äußere Form kneten, der sein Geistteshauch den Odem verleiht, so daß sein Werk mehr als das bisher — d. h. zur Zeit der Diktatur bestimmter Stilrichtungen — der Fall sein konnte, das Bild reiner Wesenheit wiederspiegelt.

Stillisiert in künstlerischen Dingen ist undenkbar, es gibt nur Fort- oder Rückschritt; so wird auch der gegenwärtige Zustand nicht von Dauer sein. Auch er ist Stufe und Sprosse der Aufwärtsbewegung daß keine gewöhnliche Stufe und Sprosse, sondern eine, die dem Wanderer ein Atem- und Kraftschöpfen ermöglicht; und weiter handelt es sich hier um ein Stadium der Entwicklung, das der Bühnenkunst eine hervorragende Bedeutung verleiht: Waren bisher die bildenden Künste treibende Kräfte des Fortschrittes — unter den gegebenen Verhältnissen könnte die dramatische Kunst berufen sein, den Weg in die künstlerischen Heimatgefilde zu bahnen!

Der Bühnendichter als Schauspieler. Tristan Bernard, der bekannte französische Theaterdichter, tritt gegenwärtig im Pariser Theater Maturin in der Rolle des Helden seines neuen Stücks „Monsieur Codomat" auf. Kritik und Publikum sind des Lobes voll über die schauspielerische Leistung des Dichters, der die Kritik insbesondere ihre Natürlichkeit und Wahrheit nachrühmt. Minder zufrieden sind die Schauspieler und der Direktor des Theaters. Man tadelt vor allem die Unpünktlichkeit, die Tristan Bernard in seinem Beruf bekundet. Bald kommt er nicht zur Probe, weil er der Probe eines seiner Stücke an einem andern Theater beiwohnen muß, bald entschuldigt er sein Ausbleiben mit der Notwendigkeit, einen Zahnarzt aufzusuchen, bald erklärt er, nicht in Stimmung zu sein. Das größte Aergernis gibt er seinen Mitspielern aber dadurch, daß er während des Spiels den Text vollständig ändert, und wenn ihm die Mitspieler darauf aufmerksam machen, daß sie vergeblich auf das gewohnte Stichwort warten, so antwortet er harmlos: „Ich weiß, was ihr wollt, ich arbeite eben andauernd an meinem Stück weiter, und das kann mir niemand verwehren. Ihr habt mir ja selbst oft genug vorgeworfen, daß ich Euch einen gar zu dürftigen Text biete. Es ist wirklich schwer, es euch recht zu machen." Das Publikum sieht aber ganz auf seiten des Dichters, und man bedauert nur, daß ihm bei seinen 58 Jahren keine sehr lange schauspielerische Laufbahn mehr vergönnt sein dürfte.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19220116018/fragment/page=0002